№ 474
B 235
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 6. Oktober 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

4 Millionen

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das zweite Kabinett der Großen Koalition

Die heutige Reichstagssitzung.

Die Beratungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern und den sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen haben heute bis in die vierte Morgenstunde gedauert. Sie haben zu einem Kompromiß geführt, das in der folgenden Formel ausgedrückt wurde:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnützung der technischen Errungenschaften bei organisatorischer Verbesserung unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung der Arbeitsbeitzeitgesetze unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als normalen Arbeitstages nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Ueberschreitung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse der volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion zu erzielen. Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundsätze Anwendung."

Diese Formel lag heute den Parteien vor. **Alle Fraktionen der Großen Koalition haben sich mit ihr einverstanden erklärt.** Damit war das letzte Hindernis eines weiteren Zusammengehens der vier Parteien beseitigt. Die Große Koalition ist wieder hergestellt. Das alte Kabinett Stresemann kann mit einigen, allerdings sehr wichtigen Veränderungen, wieder die Regierung übernehmen.

*

Die Sitzung des Reichstages wird bei stark besetztem Saal fünf Minuten vor 2½ Uhr durch den Reichstagspräsidenten eröffnet. Das Kabinett erscheint fast vollständig auf der Regierungsbank. Neben Geßler sieht man den bisher einzigen neuen Mann im Kabinett, den Wirtschaftsminister Koeth.

Der Präsident stellt fest, daß man in die Tagesordnung eintrete, die schon am Dienstag vom Reichstage beraten werden sollte, an deren Durchführung man aber durch die Krise verhindert worden sei.

Der Kanzler kommt aber nicht sofort zu Worte, denn die Kommunisten führen eine Geschäftsordnungsdebatte herbei. Abgeordneter Koenen und Abgeordneter Höllein verlangen die sofortige Besprechung der von dem „bayerischen Faszismus" verhängten Verordnungen gegen den Streik.

Die Ministerliste.

Das neue Reichskabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Reichskanzler Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Geschäfte des Auswärtigen beauftragt,
Reichsminister für Wiederaufbau Schmidt,
Reichsminister des Innern Sollmann,
Reichsfinanzminister Dr. Luther,
Reichswirtschaftsminister Dr. h. c. Koeth,
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.
Reichsjustizminister Dr. Radbruch,
Reichswehrminister Dr. Geßler,
Reichspostminister Höfle,
Reichsverkehrsminister Oeser,
Ernährungsministerium noch unbesetzt,
Minister für die besetzten Gebiete: Fuchs.

Der Turm von Babel.

Von

Dr. Julius Becker,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Genf,** Anfang Oktober.

Das große Leid der Menschheit, daß sich die Menschen untereinander nicht verstehen, hat in den ältesten Legenden einen ergreifenden Ausdruck gefunden, und gerade jetzt veröffentlicht der englische Völkerpsychologe Sir James Frazer ein Werk, in dem er zeigt, wie verbreitet und wie uralt die Geschichten sind, die sich für uns um die biblische Erzählung vom Turmbau zu Babel gruppieren. Aus einem von der „Revue de Genève" veröffentlichten Bruchstück ergibt sich mit einer erschütternden Klarheit, wie die Menschen seit Urzeiten um Verständigung ringen, und wie sie in ihren Legenden immer wieder bald einem übelwollenden Gott, bald dem eigenen Hochmut oder der eigenen Habgier die Schuld am Mißverstehen geben.

Die Zeiten, die wir durchleben, sehen wenig danach aus, als ob wir, die wir immerhin manche andere Pein der Unmenschheit überwunden haben, bereits am Ende dieser Tragödie angekommen wären. Von der soeben beendeten vierten Versammlung des Völkerbundes, dem größten Staatenkongreß der Geschichte, kann nicht gesagt werden, daß sie dem Gedanken, dem sie dienen sollte, einen sehr großen Dienst erwiesen hätte. Sie konnte das schon darum nicht, weil sie bemüht sein mußte, ihre Existenz nicht zu gefährden, weil sie mit der Ueberwindung der Krise, in der sie sich befand, so viel zu tun hatte, daß ihre Aufgaben darunter leiden mußten.

Wenn sie z. B. in der Abrüstungsfrage nicht wenigstens etwas weiter vorwärts gekommen ist, so ist der Grund in der Nervosität der Regierungen zu suchen, die es in diesem Moment als eine Zumutung betrachten, sich überhaupt mit der Frage einer Verringerung der Rüstungen beschäftigen zu sollen. Nachdem einmal der Grundsatz anerkannt war „Keine Abrüstung ohne Garantie (der Sicherheit) und keine Garantie ohne Abrüstung", mußte ganz naturgemäß der Kampf um die Abrüstung in einen Kampf um die Garantie ausarten.

Einen wirklichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage wird man erst dann machen können, wenn man sich von der Idee befreit haben wird, auf dem fatalen Umweg über die alten Bündnisse in neuer Form dazu gelangen zu können. Das haben die Gegner dieser sogenannten „regionalen Einigungsverträge" innerhalb des Systems des großen Garantievertrages deutlich betont, während ihre Verteidiger den Stachel entfernt zu haben glaubten, wenn sie diese Bündnisse dem allgemeinen Garantievertrag unterordneten, sie der Aufsicht des Rates unterstellten und sie öffentlich machten durch die Verpflichtung der Registrierung beim Völkerbund. Man sagte mit einem Schein von Recht, daß es besser sei, sie würden unter der Aufsicht des Rates und öffentlich abgeschlossen, als sie existierten dennoch und heimlich sowie infolgedessen ohne jede Kontrolle. Nur haben die Gegner wohl gefürchtet, daß Geheimverträge dadurch noch nicht ausgeschlossen sind, und daß man auf diesem Wege nur offiziell zu dem so verhängnisvollen System der alten Bündnisse zurückkommt. So hat man denn schließlich das ganze mühselige Werk den Regierungen „zur Begutachtung" übergeben, und man braucht nicht sehr optimistisch hinsichtlich des Ergebnisses zu sein, falls sich bis zum nächsten Jahr die Lage nicht sehr erheblich geändert haben sollte.

Von den humanitären und technischen Leistungen des Völkerbundes braucht nicht viel gesagt zu werden. Es ist so selbstverständlich, daß eine ständige Organisation der Regierungen der ganzen Erde auf diesem Gebiet ganz unverhältnismäßig viel leistungsfähiger ist als jeweilen von Fall zu Fall zusammengetrommelte Konferenzen, daß schon wirklich eine ganz bösartige Verstocktheit dazu gehört, das nicht einsehen zu wollen. Der Völkerbund wäre mit seiner heutigen Organisation, wie unvollkommen sie auch noch ist, sehr wohl imstande, ganz andere Leistungen zu vollbringen als die finanzielle Sanierung Oesterreichs, wenn er nur — dürfte. Dennoch wäre es unrecht, die Tat des wirtschaftlichen Wiederaufbaues eines so lebensunfähig aussehenden Landes zu unterschätzen. Man sollte vielmehr darauf hinweisen, was alles möglich ist, wenn nur ein wenig guter Wille daran gewendet wird! Freilich kann der Völkerbund, der ja nur eine Organisation der Regierungen ist, nach dem Bismarckschen Wort Oesterreich nur „in den Sattel setzen" — ob es darin wird reiten können, das ist eine Frage, die erst die Zukunft beantworten kann, und die von Faktoren abhängt, die sich jeder Einwirkung des Völkerbundes entziehen.

In der uns besonders nahe angehenden Frage der Minderheiten ist das Verfahren vor dem Völkerbund noch außerordentlich mangelhaft. Was nützt es den aus Polen vertriebenen deutschen Ansiedlern, wenn man ihnen heute bestätigt, daß ihre Vertreibung zu Unrecht erfolgt ist, sofern man sie nicht mindestens in ihre Rechte wieder einsetzt? Was verlangt werden muß, wenn der Schutz der Minderheitenverträge nicht zur Farce werden, und wenn die Heiligkeit der Verträge allen gegenüber in gleicher Weise gelten soll, das ist das Recht des Rates, zu verlangen, daß ihn eine Regierung nicht vor ein „fait accompli" stellen darf in Fragen, die seiner Beschlußfassung unterliegen. Will

Curzon erwartet französische Vorschläge.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London,** 6. Oktober.

Gestern abend wurde offiziös versichert, daß die rednerische Leistung von Lord Curzon — er hat gestern dreieinhalb Stunden ununterbrochen gesprochen — einen hervorragenden Eindruck auf seine Zuhörer gemacht haben soll. Die Konferenz soll so ermüdend gewesen sein, daß man beschlossen habe, nach Verlesung des Berichts von Curzon erst Montag mittag in eine Besprechung der Rede einzutreten, damit auch der Premierminister von Australien, der erst gestern in London eingetroffen ist, gleichfalls an der Debatte teilnehmen könne.

Die heutige Morgenpresse interessiert sich weniger für die technische Leistung des Außenministers als für den Inhalt des veröffentlichten Auszugs. Man vermißt **positive** politische Richtlinien für das englische Verhalten in der Zukunft. Hat doch Lord Curzon in seinen Schlußworten nichts anderes ausgesprochen, als daß England darauf wartet, daß Frankreich ihm Vorschläge zur Liquidierung des Ruhrkonfliktes und der Reparationsfrage machen soll.

Was soll, so fragte Curzon, der nächste Schritt sein? Ich habe in meinen Besprechungen mit dem französischen Botschafter unsere Auffassung nicht verhehlt. Sie besitzt die Billigung des Ersten Ministers, der kürzlich bei seinem Besuch in Paris so viel getan hat, um eine **freundschaftliche Atmosphäre** zu schaffen. Es ist wiederholt durch die französische Regierung versichert worden, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Erörterungen zwischen uns gekommen sein werde. **Soweit ich sehen kann, ist die deutsche Regierung aufrichtig in ihrer Absicht und hat die von mir geforderten Schritte getan.** Welches die Haltung der örtlichen Bevölkerung im Ruhrgebiet sein wird, kann ich aber nicht sagen. Wenn die französische Behauptung zutrifft, daß der Widerstand nur entsprechend der Weisung von Berlin geleistet wurde, dann würden jetzt keine Schwierigkeiten bezüglich ihrer Haltung bestehen. Ich möchte nur bemerken, daß es — gesetzt, der passive Widerstand sei entsprechend unseren Hoffnungen und Wünschen durch passiven Beistand ersetzt worden — vielleicht zu viel ist, zu erwarten, daß aus diesem Widerstand unverzüglich eine begeisterte Zusammenarbeit folgen wird. **Die französische Regierung weiß also, daß wir von ihr die nächsten Vorschläge erwarten und ihnen entgegensehen. Die Lage, welche bei Einstellung des passiven Widerstandes zu erwarten war, muß seit langem am Quai d'Orsay vorausgesehen worden sein, infolgedessen existieren jedenfalls Pläne** — wenn nicht im einzelnen, so doch in großen Zügen. Wir werden durchaus bereit sein, sie in freundlichem Geist entgegenzunehmen und zu erörtern. Unsere Stellung in Köln, im besetzten Gebiet gibt uns das Recht, unsere Ansicht bei irgendwelchen örtlichen Abmachungen zum Ausdruck zu bringen, die vorgeschlagen werden könnten. Wir beabsichtigen nicht, diese Stellung aufzugeben.

(Siehe auch dritte Seite.)

Die Sünde der Krisenmacher.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.,** 6. Oktober.

Die krisenhafte Entwicklung in Deutschland, die Störung der durch die Intransigenz Poincarés an sich schon ungeheuer erschwerten Versuche Stresemanns, den Ruhrkampf zu beenden, macht sich im besetzten rheinischen Gebiet in gefahrdrohender Weise bemerkbar. Man spürt deutlich die zunehmende Entfremdung des Rheinlandes, das kein Verständnis dafür hat, wie man in Deutschland an etwas anderes und Wichtigeres denken könnte, als an die **Erhaltung des Reiches,** dessen innere Kraft und Gesundung allein die Gewähr für die Abwendung der dem Rheinland drohenden Gefahr bietet. Die große Masse der rheinischen Bevölkerung, so weit sie nicht separatistisch eingestellt und verblendet ist, weiß, was scheinbar niemand um Kahr und Helfferich auch nur ahnt, daß die heroische Geste, mit der man den Vertrag von Versailles zu zerreißen sich anheischig macht, nichts anderes zerreißt als die Bande, mit denen das Rheinland sich an Deutschland gebunden weiß. Am Rhein entscheidet sich — so sieht man dort drüben die Dinge an — Deutschlands Schicksal für die nächste Zukunft. Am Rhein stand und steht ein Volk, das Unglaubliches getragen und erduldet, das tapfer und ehrlich alle Lockungsversuche zurückgewiesen, alle heimlichen und offenen Angriffe auf seine Reichstreue abgewehrt hat. Dieses Volk war von der Erkenntnis getragen, daß das Ende des Kampfes die **Erhaltung der politischen und politischen Einheit mit dem großen Vaterland** sein werde. Diesem Volk am Rhein, einer Gemeinschaft der wahrhaft starken und treuen Deutschen, fällt man heute von rechts her in den Rücken, und das Schauspiel, dem der Rheinländer heut, ohne etwas tun zu können, zuschauen muß, ist für ihn beschämender als die Attacken, die Degouttes Truppen je in einer rheinischen Stadt geritten haben. Kein französischer Angriff auf die Ehre und das Recht des Rheinlandes wird dort so schmerzlich empfunden, wie der in der **Verbindung durch Phrasen und durch politischen Machthunger begangene Verrat am Rheinland.** Die nächsten Tage schon werden zeigen, ob die recht haben, die sagen: Wenn die Verblendung der Rechtsradikalen Deutschlands Zukunft in Frage stellt, dann sind alle diese Jahre schwerer Opfer, die das Rheinland gebracht hat, **umsonst** gewesen. Das sollte man in Deutschland bis in die Kreise um Helfferich, Kahr und auch bis zu Herrn Hitler hin endlich begreifen.